

Süddeutsche 28.06.16

SPD kritisiert Reform der Lebensmittelkontrollen

München – Der SPD-Landtagsabgeordnete Florian von Brunn übt scharfe Kritik an den Plänen der Staatsregierung für eine Reform der Lebensmittelüberwachung. „Das ist eine mutlose, kleinkarierte Minireform“, sagt er. „Unsere Forderung ist klar: Nicht nur sogenannte Risikobetriebe, sondern alle überregional tätigen Lebensmittelunternehmen müssen vom Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit kontrolliert werden statt von den Landratsämtern.“ Als Konsequenz aus den jüngsten Skandalen bei den Firmen Bayern-Ei und Sieber sollten Lebensmittelkontrollen überhaupt nicht mehr den Weisungen der Landräte unterstehen. Ministerpräsident Horst Seehofer, Umwelt- und Verbraucherministerin Ulrike Scharf und die CSU-Landräte hatten sich unlängst verständigt, dass Großställe mit Tausenden Hühnern oder Schweinen, aber auch Großbäckereien und Großmetzgereien von neuen Kontrollbehörden an den Bezirksregierungen überwacht werden sollen. Für die Masse der kleineren und regionalen Lebensmittelunternehmen bleiben hingegen die Landratsämter zuständig. Brunn wirft Scharf nun vor, dass ihr „Macht und Einfluss der CSU-Landräte“ wichtiger seien als der Schutz der Bevölkerung. cws

Merkur 28.06.16

REFORM DER LEBENSMITTELKONTROLLE

„Kleinkarierte Minireform“

München – Die SPD hat die geplante Neuordnung der Lebensmittelkontrolle in Bayern scharf kritisiert – allerdings mit einem ganz anderen Zungenschlag als jüngst die Landräte der CSU. Umweltministerin Ulrike Scharf (CSU) plant, die Überwachung von Groß- und so genannten Risikobetrieben künftig an die Bezirksregierung zu delegieren. Für alle anderen überwachungspflichtigen Betriebe, von der Pommes-Bude bis zur Tierhandlung, sollen die Veterinäre der Landratsämter zuständig bleiben. Die SPD kritisiert das als unzureichend. SPD-Verbraucherschutz-



Ulrike Scharf

Reform wird kritisiert – erst von Landräten, jetzt von SPD

perte Florian von Brunn sprach von einer „mutlosen, kleinkarierten Minireform“. Hintergrund ist der Skandal um Bayern-Ei. Unter anderem soll ein Veterinär des Landratsamts Straubing Kontrollen an den Großbetrieb vorab verraten haben.

Ursprünglich hatte Scharf geplant, ein Gutachten des Obersten Bayerischen Rechnungshofes umzusetzen und die Kontrolle komplett den Landratsämtern zu entziehen. Stattdessen sollten 25 Veterinärbehörden aufgebaut werden. Dagegen jedoch wehrten sich die Landräte – die Kleinbetriebe bleiben nun in ihrer Obhut. Die genaue Abgrenzung zwischen Klein- und Großbetrieb soll im Juli vorgestellt werden. Mit der jetzt erzielten Einigung ist Landkreistags-Präsident Christian Bernreiter (CSU) zufrieden. Die Neuordnung „dient am ehesten dem Subsidiaritätsgedanken“. mm